

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

9.12.1900 (No. 338)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 9. Dezember.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
N 338. Ander an sie Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Revisionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Btg.“ — gestattet.

1900

## Amtlicher Theil

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 10. November d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor der Königlichen Universitätssternterwarte Professor Dr. Hugo Seeliger in München das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub höchstihres Ordens vom Jahrgang Löwen zu verleihen.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Markgraf Maximilian von Baden haben durch höchste Entschliebung vom 7. Dezember 1900 mit Wirkung vom 1. Dezember 1900 an den Großh. Regierungsrath Eduard Seidner in Donaueschingen unter Verleihung des Titels „Domänendirektor“ zum Vorstand der Großh. Markgräf. Bad. Domänenkanzlei der Bodenseefischerei ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Gewerbeschulraths vom 6. Dezember d. J. wurde dem Gewerbeschulandibaten Friedrich Bender in Freiburg die etatmäßige Amtsstelle eines Gewerbelehrers an der Gewerbeschule daselbst übertragen.

## Nicht-Amtlicher Theil

### Die Regierung und die badische Wahlrechtsfrage.

Die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ schreibt: Schneller als die Freunde politischen Halbunkels es erwartet haben mochten, hat der neue Präsident des Ministeriums des Innern, Herr Geh. Rath Dr. Schenkel, die Stellung der badischen Regierung zur Frage einer Revision des Landtagswahlverfahrens vor dem ganzen Lande kundgegeben. Das wenig erbauliche Schauspiel, das ein Theil der Presse gegenüber jedweder, gegen die schrankenlose direkte Wahl gerichteten öffentlichen Aeußerung aufzuführen für angemessen erachtet hatte, hat ein jähes Ende gefunden. Die Regierung ist für die so plötzlich mit großem Lärm in den Vordergrund gerückte schrankenlose direkte Wahl einfach nicht zu haben und mit dieser Thatsache werden alle Politiker im Großherzogthum zu rechnen haben, die ihr Verantwortlichkeitsgefühl weniger von Presseartikeln, als von der Erkenntniß der Nothwendigkeit eines einigen Zusammengehens aller verfassungsmäßig beruhenden Gewalten beeinflussen lassen.

Die Sachlage hat eine Klärung erfahren, die von allen ehrlichen Politikern — gleichviel welchem Parteilager sie angehören mögen — dankbar begrüßt werden sollte; die Stellung der Regierung ist vom Präsidenten des Ministeriums des Innern namens der Großh. Regierung scharf umschrieben worden. Wie ein anderer verfassungsmäßiger Faktor — die Erste Kammer — zur Wahlverfahrensfrage sich stellt, ist nach den letztjährigen Verhandlungen bekannt und man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß seit jener Zeit eine Aenderung in der grundsätzlichen Stellungnahme nicht erfolgt ist. Die Zweite Kammer steht also nicht vor dem Unbekannten und die in ihr vertretenen politischen Parteien sind infolge der dankenswerthen Offenheit der Regierung bereits fast ein volles Jahr vor den Landtagswahlen in der Lage, mit einer thatsächlichen Stellung der beiden anderen verfassungsmäßigen Gewalten zu rechnen. Da nun aber keine dieser politischen Parteien daran denkt, noch wird daran denken können, die verfassungsmäßige Mitwirkung der Regierung und der Ersten Kammer bei der Ausgestaltung unserer Gesetzgebung in Frage zu stellen, so ist für jene politischen Parteien, die ihrem innersten Wesen nach und im Hinblick auf ihre Ueberlieferungen als staatsverhaltende angesehen werden dürfen, die Art der Behandlung der Wahlverfahrensfrage von selbst gegeben.

Die Politik ist die Kunst des Möglichen und nur auf dem Wege des Kompromisses lassen sich, wie im praktischen Werktagsleben, auch in der Politik Gegensätze ausgleichen. Der Präsident des Ministeriums des Innern hat in seiner Rede beim Handelstage nicht geäußert, diesen Kompromissweg zu beschreiten; er hat ausdrücklich erklärt, daß die Regierung nicht streng bei allen Forderungen beharren und daß sie bereit sein werde, die Verständigung mit den Parteien auf einer Mittellinie anzustreben. An jenen Parteien aber, die zwar mit der Revision des Wahlrechts eine politische Reform erzielen wollen, die aber diese Revision wohl nicht lediglich von dem Gesichtspunkte aus beurtheilen, wie sie am besten zur Erregung

der Massen oder zur Gewinnung von weiteren Mandaten verworther werden kann, liegt es nun, die Voraussetzungen für das Gelingen einer Verständigungsaktion zu schaffen.

Daß übrigens die von der Regierung verbreitete Klarheit ihren politischen Gegnern wenig erwünscht kommt, erhellt aus einem Verdunkelungsversuch der „Frankfurter Zeitung“, die im Abendblatt vom 5. Dezember sich wörtlich dahin vernehmen läßt: „Die schlimmsten Erwartungen, die sich an das Gebahren der badischen Offizidien knüpfen, sind bewahrheitet; der neue Minister beharrt auf dem alten überlebten Standpunkt, er mag von der Wahlreform nichts wissen.“ Diese Aeußerung der „Frankfurter Zeitung“ enthält eine politische Unflugheit und eine politische Unwahrheit, denn erstens beweist sie, daß die „Frankfurter Zeitung“ sehr mangelhaft informiert war, als sie geraume Zeit hindurch die angeblich offiziellen Kundgebungen zur Wahlrechtsfrage in einen Gegensatz zu den in der Regierung herrschenden Anschauungen zu bringen suchte, und zweitens offenbart die neueste Leistung der „Frankfurter Zeitung“ den allerdings todgeborenen Versuch einer Diskreditirung des neuen Präsidenten des Ministeriums des Innern. Gerade weil die Regierung in Wahrheit eine Wahlreform will, ist Herr Dr. Schenkel mit seinem Wahlrechtsprogramm an die Deffentlichkeit getreten, hat er die Grundlagen bezeichnet, auf denen sich die Erfüllung des Wunsches nach Einführung des direkten Wahlverfahrens erreichen läßt. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ unter Mißachtung der Wahrheit und mit einem Nachdruck der in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung steht, die Reformfreundlichkeit der Regierung anzeigt, so erhellt daraus auf's Neue, daß auf oppositioneller Seite die Einführung der direkten Wahl nur die blendende Deformation, die Niederdrückung der Regierung unter den Willen der Opposition aber der Hauptzweck des Lärmes ist, der in unserem Lande erregt wird. Für die gemäßigten Parteien erwächst aus dieser, wahrlich nicht offiziös gefährdeten, sondern mit den Händen zu greifenden Sachlage die vaterländische Pflicht, unbefangen und unbeeinträchtigt durch oppositionellen Pöbel und wenig einsichtsvolle Behandlung der Wahlrechtsfrage in eigenen Presseorganen, das ihrerseits als erstrebenswerth erachtete Ziel mit dem durch das Staatswohl bedingten Möglichen in Einklang zu bringen. Sie werden hierbei die Regierung an ihrer Seite finden, die durch ihre jüngste Kundgebung nicht nur den Wunsch zu erkennen gegeben, sondern auch durch die That bewiesen hat, daß sie über den Parteien steht und sich, gestützt auf tiefgewurzelte Volksanschauungen, ihrer Stärke bewußt ist.

### Landtagswahl in Württemberg.

K. Stuttgart, 6. Dezember.

Die gestrige Landtagswahl hat eine außerordentliche Zahl von Stichwahlen (33 gegen 37 endgiltige Wahlen) und, wenn man das voraussichtliche Ergebnis dieser Stichwahlen in Anschlag bringt, keine wesentliche Verschiebung der seitherigen Parteiverhältnisse gebracht. Die Volkspartei hat sich so ziemlich behauptet; was sie etwa verliert, wird ausgeglichen durch den Zuwachs der Sozialdemokratie. Die Rechte (Deutsche Partei, Konservative und Bund der Landwirthe) werden ihren Besitzstand kaum erhöhen, vielleicht nicht einmal ganz erhalten. Das Centrum wird in alter Stärke wiederkehren, die Sozialdemokratie voraussichtlich mit 6 Mann (statt seither 1) in den Landtag einziehen.

Der Erfolg der Sozialdemokratie ist das hervorsteckendste Merkmal des Wahlausfalls. Sie hat zwar Stuttgart Stadt nicht im ersten Wahlgang behauptet, muß sich vielmehr hier einer Stichwahl mit der Deutschen Partei (Gießler) unterziehen; dafür hat sie Cannstatt, das sie schon 1895 eroberte, aber in einer Nachwahl wieder an die Deutsche Partei verlor, abermals gewonnen und Stuttgart Amt im ersten Anlauf gewonnen, steht in Eplingen, Göppingen (Blumhardt) und Ludwigsburg Amt in aussichtsvoller Stichwahl und hat in sechs weiteren Bezirken, zum Theil gegen eigenes Erwarten, sich an die zweite Stelle zu setzen gewußt. In einer Reihe anderer Bezirke gibt sie den Ausschlag. Die Zunahme ihrer Stimmenzahl ist zum Theil, auch in Landbezirken, enorm. Die immer fortschreitende Verbreitung der Industrie auf das Land und die dadurch hervorgerufene Durchsetzung der kleinstädtlichen Bevölkerung mit Industriearbeitern ist die Hauptursache dieser Erscheinung.

(Mit einer Beilage.)

Die Volkspartei hat im ersten Wahlgang 8 Sitze behauptet, darunter mehrere, die man ernstlicher gefährdet glaubte, hat unerwarteterweise Freudenstadt der Deutschen Partei abgenommen, dazu noch mit einem so viel angejochtenen Politiker wie dem früheren Reichstagsabgeordneten Galler, dagegen Hall an die Rechte und Rottweil an das Centrum verloren, dem sie dafür voraussichtlich Oberndorf abnehmen wird. Unangenehm ist für sie, daß einer ihrer Führer, Konrad Hausmann, in Balingen sich einer Stichwahl mit dem Sozialisten unterwerfen muß und daß sie in mehreren anderen Bezirken von der Sozialdemokratie überholt oder nahezu erreicht ist. Das Wort von der „Vorfrucht“ bringt sich hier wieder in Erinnerung, für die Stichwahlen aber hat die Volkspartei den großen Vortheil, daß sie die Parteien der Rechten durch das nobile officium, keine Sozialdemokraten zu wählen, gebunden weiß und daher ihrerseits um so struppelloser überall mit der Sozialdemokratie gegen die Rechte partiren kann. Andersfalls würde diesmal die Stichwahlstaktik Niemand schwerer fallen als gerade der Volkspartei.

Von der Rechten sind bis jetzt 10 Abgeordnete gewählt, darunter der Führer der Konservativen, Rechtsanwalt Kraut; dagegen steht der erste konservative Abgeordnete des Landtags und Organisator der ganzen konservativen Bewegung, Reichstagsabgeordneter Schrempf, in Gefahr, in seinem Wahlkreis Schorndorf der Volkspartei, der sich in diesem Fall Theile der Deutschen Partei angeschlossen haben, zu unterliegen. Von der Deutschen Partei hat der Vorsitzende des Landesauschusses Rechtsanwalt Schall bei der Stichwahl in Maulbronn keine Aussicht, der seitherige Führer der Kammerfraktion Reichsgerichtsrath v. Geß wird in Eplingen wahrscheinlich gegen den Sozialisten unterliegen, so daß Reichstagsabgeordneter Hieber, der in Belzheim wiedergewählt ist, Fraktionsführer werden wird. Der Bauernbund hat Hall der Volkspartei abgenommen und wird in Weinsberg den Oberbürgermeister Hegelmaier von Heilbronn durchbringen. Im übrigen haben sich die Hoffnungen, die Bauernbund und Konservative hegten, vorläufig nur in bescheidenem Maße erfüllt. Wer in der Gesamtzahl von etwa 21 Mandaten, die die Rechte insgesammt (wie bisher) erreichen dürfte, vorherrschend wird, ob die Deutsche Partei oder Bauernbund mit Konservativen, läßt sich bei den vielfach schwankenden Angaben über die Richtung der Kandidaten noch nicht sicher beurtheilen.

Das Centrum sieht den Gewinn von Rottweil durch den voraussichtlichen Verlust von Oberndorf wettgemacht, hat für die Beeinflussung der Stichwahlen nicht die günstigen Chancen, die es erwartet hatte, und erlebt in zweien seiner Bezirke den Aerger einer Stichwahl wilder Centrumskandidaten gegen die offiziellen Parteikandidaturen, so namentlich in Gmünd, wo zwischen den feindlichen Brüdern mit einer Leidenschaft gestritten wird, wie sonst kaum in irgend einem Wahlkreis.

Wie die Stichwahlen nicht wesentliche Ueberraschungen bringen (etwa infolge stärkerer Abstimmungen), wird mit dem neuen Landtag jedenfalls nicht leichter zu regieren sein als mit den bisherigen.

(Telegramm.)

\* Stuttgart, 8. Dez. Die Stichwahlen sind auf den 18. Dezember anberaumt worden.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 7. Dezember.

In der fortgesetzten Besprechung der Interpellation betreffend die Kohlenfrage führt Abg. Bödel (Antif.) aus, der Staat müsse eine Kontrolle über die Bodenschätze ausüben, wenn eine solche Kohlenangst, wie jetzt, vermieden werden solle. Auch mit der Kohlenabgabe an Genossenschaften sei dem kleinen Mann nicht gedient. Wozu müßten 10 Proz. fiskalischer Kohlen ins Ausland gehen? Warum Casar Wollheim und Friedländer Millionen verdienen? Wir brauchen vor allem eine Enquete. Er schreie nicht vor der Forderung der Sozialdemokraten zurück, die Gruben in den Reichsbetrieb zu übernehmen.

Abg. Müller-Fulda erinnert daran, daß das Centrum bereits eine Enquete beantragte.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt hierauf, er wolle dem Wunsche des Abg. Richter nach einer Statistik über den ganzen Kohlenmarkt soweit nachkommen, daß er schon in nächster Zeit versuchen werde, in den Berichten für Handel und Industrie monatlich eingehend Statistiken zu geben, über die Bewegung des inländischen Kohlenmarktes, den Preis an den Hauptmarkorten, sowie die Produktion der Kohle und Bewegung der Kohle im Auslande, ebenso über die Einfuhr und Ausfuhr. Bezüglich der Syndikate übernahm es das Reichsamt des Innern, alles Material, das es über die Syndikate und Kartelle

ichon befißt, überfichtlich zusammenzustellen und Fragebogen über die Bewegung und Umfang der Kartelle im Reiche auszuarbeiten. Diese Arbeit sei demnächst beendet. Die Ressorts würden dann noch über die Frage der Preisgestaltung durch die Syndikate und ihre Wirkung auf den Export befragt werden. Ob man auf Grund solcher Statistischer Maßnahmen aufbauen kann, ist etwas anderes. Bisher war der Erfolg gering. Im allgemeinen wird man außerordentlich vorsichtig sein müssen.

Minister Prefeld: Der Vorwurf, daß nicht auf Grund des § 65 des Berggesetzes die Grubenbesitzer zur Bearbeitung neuer Kohlenfelder aufgefordert werden, ist nicht stichhaltig, denn ich habe bereits betont, daß 72 neue Gruben in Angriff genommen sind. Redner wendet sich gegen beispiellose, gegen ihn gerichtete Angriffe der Agrarcorrespondenz.

Abg. Rösche-Kaiserlauter führt aus: Der Minister hätte sich früher um die Kohlennot kümmern müssen. Schöne Redensarten nützen nichts. Weshalb erfolgte denn die offizielle Erklärung nicht früher, wenn die Regierung glaubte, daß die Preise die Kohlenangst unnötig steigerte? Zweifellos ist die englische Kohlenausfuhr gestiegen, von einem Ausfall kann gar keine Rede sein. Weshalb behalten wir unsere Kohlen nicht selber, sondern geben sie an's Ausland? Wir brauchen uns doch nicht vom Ausland abhängig zu machen. Aber die Furcht vor dem Auslande nimmt bei uns immer mehr zu. Ein tiefer Schmerz geht durch die deutsche Volkseele, daß das Oberhaupt eines um seine Unabhängigkeit kämpfenden Volkes von den Thüren Deutschlands fortgewiesen wird aus Rücksicht auf eine andere Macht. Ich kann dem Kanzler den Vorwurf nicht ersparen, daß er den Kaiser in dieser Sache über die Stimmung des Volkes nicht richtig unterrichtet hat, sonst wäre das Geschehene nicht möglich gewesen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bedauere ganz unendlich, daß der Vorredner mir nicht mündlich eine Andeutung hat zugehen lassen von seiner Absicht dieser Abschwelung auf das Gebiet der äußeren Politik. Ich würde sonst nicht ermangelt haben, den Reichskanzler Grafen Bülow zu bitten, in dieser schwierigen Frage hier selbst zu erscheinen und zu antworten. Ich habe aber angenommen, daß es in allen Parlamenten der Welt üblich ist, die glühend heißen Fragen der äußeren Politik auch formell etwas anders zu behandeln wie die Fragen der inneren Politik, die nicht zu solch schweren Differenzen Anlaß geben können, wie die der äußeren Politik. Für einen unverantwortlichen Reichstagsabgeordneten ist es ziemlich leicht einer gewissen populären Strömung Ausdruck zu geben, aber ein Mann, der auf einer so verantwortlichen Stelle steht wie der Kanzler des Deutschen Reiches, der die Verantwortung trägt für den Frieden nicht Deutschlands, sondern unter Umständen für den Frieden der ganzen Welt, für den dürfen populäre und sentimentale Strömungen unter keinen Umständen ausschlaggebend sein (Beifall), für den gibt es nur einen Kurs, und das ist die Ruhe und Sicherheit, die Wolsfahr für die Interessen Deutschlands. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Frhr. Hehl zu Herrnsheim (nat.-lib.) hält ebenfalls die Aufhebung der Tarifermäßigungen nach dem Auslande für erforderlich, glaubt aber, daß eine radikale Beseitigung der Kohlennot nur durch die Reichsaufsicht über die Syndikate möglich ist. Auch an der Gehaltsaufbesserung der Syndikatsarbeiter hätten die Syndikate kein Verdienst. Das Verdienstgehälte den Beden. Die Löhne seien aber immer noch zu gering. Außerdem müsse ein Normalarbeitstag von acht Stunden eingeführt werden. (Beifällige Zurufe der Sozialdemokraten.)

Abg. Benzmann (frei. Volksp.) spricht sich gegen die Verstaatlichung der Privatgruben aus. Der Betrieb der fiskalischen Gruben zeige zur Genüge, daß der Betrieb der fiskalischen Gruben eine solche Industrie betreiben könne. Eine Stetigkeit der Kohlenpreise ist vorhanden. Das ist das Wert der Kohlenindustrie. Wenn sich diese Preise in aufsteigender Linie bewegen, ist das kein Fehler. Das beruht auf der allgemeinen steigenden Konjunktur. Redner drückt schließlich die Erwartung aus, daß die vom Reichsamt des Innern veranstaltete Enquete die Lage klären werde.

Abg. Franken (nat.-lib.) führt aus, die wegen der Kohlennot gegen das Syndikat erhobenen Angriffe seien unberechtigt. Die Kohlennot bestand schon Mitte der 80er Jahre. Damals gründete man den Kohlenverkaufsverein, der erst eine Konkurrenz mit den englischen Kohlen ermöglichte und den Norddeutschen Lloyd zum Nehmen deutscher Kohlen bewog.

Abg. Stephan (Centr.) betont, daß man in Oberschlesien auch ohne Staatszwang mehr produzierte als früher und nach Böhmen weniger ausführte als früher. Ein Ausfuhrverbot halte er für schädlich. Ein Antrag auf Schluß der Debatte und hierauf ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf Montag 2 Uhr angesetzt. Tagesordnung: Etat.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. Dezember.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin traf gestern Abend halb 12 Uhr von Karlsruhe wieder in Schloß Baden ein.

Heute Vormittag empfingen Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin in Schloß Baden den königlich preussischen Gesandten Geheimrath von Eisenbecher und Gemahlin, welche sich vor ihrer Rückkehr nach Karlsruhe verabschiedeten. Später nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Generalmajors z. D. Anhäuser, bisherigen Kommandeurs des Infanterie-Regiments Nr. 155, entgegen. Für heute Abend ist der Kommandeur der 68. Infanterie-Brigade, Generalmajor Braumüller, und Gemahlin aus Metz zur Tafel bei den Höchsten Herrschaften eingeladen.

Durch kaiserliche Kabinettsordre vom 6. Dezember ist Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max à la suite des Garde-Kürassier-Regiments, auf ein Jahr zur Dienstleistung beim Etape des Generalkommandos des 14. Armecorps kommandirt.

\*\* Auf Grund der in den Monaten November und Dezember d. J. abgehaltenen ersten juristischen Staatsprüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Rechtspraktikanten ernannt worden:

Edgar Arnold aus Heidelberg, Freiherr Alexander von Bethmann aus Krinck, Robert Bankenhorn aus Karlsruhe, Freiherr Alexander von Dusch aus Karlsruhe,

Wilhelm Eggler aus Konstanz, Eugen Fißer aus Unterwiesheim, Robert Fleischmann aus Forzheim, Raimund Frech aus Thengen, Karl Gersbach aus Ueberlingen, Eduard Godel aus Mosbach, Heinrich Groß aus Forzheim, Adolf Hauger aus Baldshut, Sigmund Herzfeld aus Höchst, Ludwig Hessel aus Londen, Hans Hildebrandt aus Staufen, Friedrich Keller aus Heidelberg, Otto Keller aus Stefflingen, Richard Kröber aus Hemsbach, August Kornmayer aus Zell a. S., Wilhelm Lemmer aus Markbof, Rudolf Mayer aus Freiburg, Karl Meister aus Emsfelden, Julius Mößinger aus Wolfartsweier, Hermann Münch aus Heidelberg, Otto Raumann aus Heidelberg, Karl Reff aus Hofweier, Oskar Retter aus Mannheim, Freiherr Alfred von Obered aus Stuttgart, Alfred Pahlmann aus Braunschweig, Johann August Pfisterer aus Leutershausen, Karl Pfeifferer aus Karlsruhe, Karl Rabe aus Schönau bei Heidelberg, Paul Samuely aus Bern, Friedrich Schön aus Philippsburg, Friedrich Schuler aus Karlsruhe, Otto Stoll aus Mannheim, Hans Stromeyer aus Konstanz, Wilhelm Wieße aus Wallbörn, Eugen Willibald aus Pullendorf, Theodor Wintermantel aus St. Georgen, Julius Würzberger aus Rülshelm.

\* (Die Bevölkerung Karlsruhes) soll nach vorläufiger Zusammenstellung 98 000 betragen, das wäre eine Zunahme von 14 000 seit 1895 oder von 16,6 Prozent gegen 15 Prozent und 16,4 Prozent in den vorhergehenden Perioden.

\* (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Montag, den 10. Dezember, Abends halb 9 Uhr, findet im großen Saale der „Eintracht“ die Recitation des „Urspruch“ durch Frau Hedwig Niemann-Raabe statt, unter Mitwirkung der Herren A. Prast, W. Wassermann und Fräulein M. Wolff.

\* (Kreisturntag.) Morgen Sonntag den 9. Dezember, Vormittags 11 Uhr, findet im „Friedrichshof“ hier ein außerordentlicher Kreisturntag des X. deutschen Turnkreises (umfassend Baden, Elsaß und die Pfalz) statt.

! (Kellerbrand.) Heute Abend nach 5 Uhr brach im Hause des Kaufmanns Lepert, Amalienstraße 14, ein Kellerbrand aus, welcher jedoch durch die rasch herbeigeeilte zweite Kompanie der freiwilligen Feuerwehr nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte.

□ Mannheim, 7. Dez. Infolge des Hochwassers hat der Neckar sein ganzes Vorland überschwemmt. Aus verschiedenen Orten des Neckarthaales kommen Nachrichten von bedeutenden Hochwasserständen. Im hiesigen Industriehafen rutschte infolge Hochwassers ein am Ufer sich hinziehender Bahndamm, so daß ein aus neun Wagen bestehender Materialzug herabstürzte. Drei Wagen fielen in's Wasser. Die auf dem Zuge befindlichen Arbeiter fielen größtentheils in's Wasser, wurden jedoch gerettet. Ein Arbeiter wurde verschüttet und getödtet, die übrigen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

## Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 9. Dez. Landwirtschaftliche Besprechungen in Saaldorf, Wallburg, Unterwiesheim, Balzfeld, Hilsbach und Hilsenhardt; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins in Legetshurdt; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Rommigen.

Montag, 10. Dez. Außerordentliche Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Gaunangelloch.

Sonntag, 16. Dez. Landwirtschaftliche Besprechung im Oberglashütte und Meissenheim; ordentliche Generalversammlung des hiesigen Kreditvereins in Ettingenweiler. Sonntag, 23. Dez. Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Gailingen.

## Karlsruher Kunstverein.

Unter allen ausgepflanzten Bildern haben sich zwei Landschaften von Schönbeler durch die Feinheit des Vortrags und der Stimmung als Schöpfungen eines vornehmen und abgeklärten künstlerischen Schaffens ab: es ist die größere, in Gel gemalte Landschaft mit dem Wehr und, noch in höherem Maße, das kleine Landschaftsbild unter Glas, mit dem der Freiburger Kunstverein eine äußerst glückliche Erwerbung gemacht hat. Das intime Sichhineinleben in die Natur, die feine Empfindung für farbige Reize, die bei einer großen Unmittelbarkeit der Darstellung den Künstler doch vor jedem Naturalismus bewahrt, kommen hier in ganz besonders liebenswürdiger Weise zur Geltung.

Daß eine große technische Bravour und lebendige äußere Auffassung der Natur ohne diese Empfindung für die Feinheit und das innere Leben doch nicht befriedigen, das zeigen die großen Tierbilder von Schramm: Die Breite des Vortrags geht oft in's Leere und die Frische der Farbe wirkt vielfach derb, wo ihnen keine ausgleichende Feinheit der Empfindung und keine durchdringende Vertiefung des Gehalts die Waage hält. Das gilt wenigstens für seine Arbeiten größeren Maßstabs, die kleineren Bilder sind darin ansprechender.

Von außerordentlicher Kraft der Wirkung ist die große Landschaft von Baer, nur ist das Aufbringliche und Räumende der Technik — ein Nachtheil, den auch schon frühere Arbeiten des Künstlers hatten, diesmal besonders störend.

Die Feinheit des Farbengeschmacks verräth in den Landschaften von Lunz die Vorzüge der Schönleber'schen Schule, während sich die Vortragskollektion von Schlußbed als eine bis zur Kopie getriebene, aber ohne einen Hauch von dem Geist und dem Geschmack des Meisters in den Neuerscheinungen aufgebende Nachahmung Lenbach's darstellt. K. W.

## Das englisch-portugiesische Bündniß.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat gestern zu Ehren des Admirals und der Offiziere des englischen Geschwaders, die zur Zeit dort weilen, ein Diner stattgefunden, bei dem König Don Carlos einen politisch hochbedeutenden Trinkspruch ausgebracht hat. Der Monarch trank auf die Königin Victoria und bekräftigte in feierlicher Weise das zwischen den beiden Staaten bestehende Bündniß. Er wies darauf hin, daß Portugal in den schwierigsten politischen Krisen, welche die Unabhängigkeit des Landes bedrohten, England immer an seiner Seite hatte. Diese Vergangenheit sei ein Beispiel und eine Bürgschaft für die Zukunft, daß Portugal

und England durch Bande der Allianz und der Freundschaft verknüpft bleiben werden, wie sie es in der Vergangenheit waren. Dies waren immer die Gefühle der hervorragenden Männer des öffentlichen Lebens in Portugal; sie seien gegenwärtig die Gefühle aller Portugiesen und werden es immer bleiben. Die Anwesenheit des englischen Geschwaders sei ein glückliches Vorzeichen mehr und ein willkommenes Zeugniß dieser Gesinnungen. Der englische Admiral, Sir G. Rawson, drückte für den Trinkspruch des Königs seinen Dank, sowie denjenigen der Offiziere des Geschwaders, der englischen Regierung und des ganzen britischen Volkes aus. Er dankte für die gebotene Gastfreundschaft und versicherte, daß die Worte, mit welchen der König die alte Freundschaft und das Bündniß zwischen Portugal und England bekräftigte, auf das Herzlichste vom englischen Volke und von der englischen Regierung erwidert werden. Zum Schluß erhob der Admiral sein Glas auf das Wohl des Königs und der Königin und auf die innigste Freundschaft zwischen den beiden Ländern.

(Telegramme.)

\* Lissabon, 8. Dez. Gestern fand im königlichen Palais zu Ehren der Anwesenheit des britischen Geschwaders Tafel statt. Nach derselben sandte Seine Majestät der Königin Ihrer Majestät der Königin Victoria ein Telegramm, in dem er für den durch den Besuch der britischen Flotte gegebenen Freundschaftsbeweis dankte und seiner Genugthuung über das Loyale Bündniß zwischen Großbritannien und Portugal und seinen Wünschen für das Gedeihen Englands Ausdruck verlieh.

\* Lissabon, 8. Dez. Der niederländische Gesandte begab sich auf Urlaub.

\* Paris, 8. Dez. Die Ankündigung des englisch-portugiesischen Bündnisses hat hier große Aufregung hervorgerufen. Die „Abre Parole“ erklärt, die neue Alliance sei zweifellos gegen Frankreich gerichtet. England habe mit diesem Bündniß ein neues Glied für jene Kette geschmiedet, in welches Frankreich nach allen Seiten hin seiner Bewegungsfreiheit beraubt werden solle.

\* Paris, 8. Dez. Der „Kappel“ erklärt, die angebliche Allianz mit England bemeiße, ebenso wie das Vorgehen der portugiesischen Regierung gegen Holland, daß Portugal nichts anderes sei als der Bajal Englands.

## Aus der französischen Kammer.

\* Paris, 7. Dez. Deputirtenkammer. In der heute fortgesetzten Erörterung der Interpellation über das Drama im Sudan antwortet Bigne d'Octon dem Kolonialminister, seine Anlagen seien von der Regierung nicht widerlegt worden. Bigne verlangt die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Kolonialminister Decrais antwortet, daß der Bericht über die Verbermählung bei der Einnahme von Limbe nicht hätte aufgefunden werden können; ebenso wenig die Berichte des Hauptmanns Laverdure und der angebliche Bericht des Staatsanwalts über die Anwendung der Folter. Der Minister erklärt, er habe der Kammer alles mitgeteilt, was er wisse, und stellt fest, daß die Auskünfte über den Etat von Madagascar für 1900 nur durch einen schweren Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gekommen seien. Der Minister bestreitet die Fortdauer der Proharbeit. Die von Gallieni für 1901 vorgesehene Kopfsteuer habe er rückgängig gemacht; die Regierung werde auch alle sonstigen Mißbräuche thätkräftig bekämpfen und abstellen, aber sie werde auch den Forderungen des Handels Rechnung tragen.

Belletan erklärt: Es sei eine Reibung zwischen Regierung und Militärverwaltung festzustellen. Das Schlimmste von allem sei, daß der Bericht über die Einnahme von Limbe nicht zu finden sei. Redner fordert, daß hierüber volle Klarheit geschaffen werde.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau betrachtet die geforderte Unteruchung als gefährlich, um nicht mehr zu sagen, und lehnte sie ab; es sei eine verhängnisvolle Geflogenheit, auf den Kammertribünen Behauptungen vorzubringen, für deren Widerlegung der Regierung die Beweise nicht sofort zur Verfügung ständen. Der Ministerpräsident erklärt, die Regierung werde alles prüfen und nicht unterlassen, strenge Befragung für alle Mißbräuche einzutreten zu lassen, die thätkräftig vorgekommen seien. Für Frankreich bedeute Kolonisation die Kultur. Die parlamentarische Untersuchung und die Regierung werde abhelfen. Denn wie würde der Ausbruch gebildet werden? Was hätte er zu prüfen? Die gesammte Kolonialverwaltung etwa? Da würde Frankreichs Kolonialverwaltung vor der ganzen Welt als Angeklagter erscheinen. Wenn das Unverständnis mit Bigne's Antrag die Fortdauer des Kabinetts auch nur um eine Minute verlängern sollte, wäre das zu theuer erkauft.

Die parlamentarische Untersuchung wird mit 409 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoß theilt mit, daß acht Beschlusstränge eingegangen seien.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, die Regierung könne die einfache Tagesordnung nicht annehmen, sondern vielmehr die von Geruille-Roché vorgeschlagene, die lautet: „Die Kammer bleibt den französischen Ueberlieferungen treu, sie zählt auf die Regierung, die Unterdrückung aller Bestätigungen der Sklaverei und aller Grausamkeiten, die in gewissen Kolonialgebieten begangen worden sind, und geht zur Tagesordnung über.“

Diese Tagesordnung wird mit 446 gegen 1 Stimme angenommen.

Der Nationalist Graf d'Alan wünscht den Kriegsminister zu interpellieren über die Vorfälle an den Militärschulen von Fontainebleau und Melun.

Der Minister Andre erklärt sich mit Vergnügen zur Beantwortung dieser Interpellation bereit und fügt hinzu, er werde sämtliche Auskünfte über die verschiedenen Vorfälle geben u. a. erklärte Andre: Die Intoleranz der Offiziere konnte nicht geduldet werden, weil sie gegen die Civilgesetz gerichtet war, die auf dem unantastbaren Staatsgrundgesetz beruht. Da sanfte Mittel nicht genühten, die Offiziere zur Disziplin zurückzuführen, wandte ich Schärfe an. Der Minister wendet sich schließlich sehr heftig gegen die Feindschaft, die in dem gesellschaftlichen Boykott liegt, den die Offiziere in Melun gegen die nicht kirchlich getrauten Kameraden ausübten.

Das Haus nahm schließlich mit 301 gegen 224 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Erklärungen und Handlungen der Regierung in der Angelegenheit der Verlesung der Offiziere des Dragonerregiments in Melun billigt.

\* Paris, 7. Dez. Senat. Zur Berathung steht die Vorlage zur Vermehrung der Flotte. Combes vertritt den

Abänderungsantrag dahingehend, 20 Kreuzer mehr zu bauen, zwecks des Kaperkrieges. Der Marineminister erwidert, die in der Regierungsvorlage geforderte Zahl Kreuzer sei genügend. Mercier erklärt, er könne sich die durch seine letzte Rede hervorgerufene Erregung nicht erklären, er meine aber, man müsse sich auf einen Krieg vorbereiten, der wahrhaftig aber dagegen, eine feindliche Sprache gegen England geführt zu haben. Die Regierungsvorlage wird darauf einstimmig angenommen.

(Telegramme.)

\* **Paris**, 8. Dez. Die republikanischen Blätter äußern sich sehr befriedigt über die gestrigen Erklärungen des Kriegsministers André und sprechen die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, die anmaßende Haltung, welche die antirepublikanischen und liberalen Elemente im Offizierscorps bisher zur Schau trugen, endgültig zu brechen. — Die nationalistischen Organe sagen, das Vorgehen André's beweise, daß er in der That nur der Minister der Freimaurer sei, welche die Disziplin und die gute Kameradschaft unter den Offizieren untergraben wollen.

### Die Reise des Präsidenten Krüger.

(Telegramme.)

\* **Saag**, 7. Dez. Beide Kammerpräsidenten hießen Krüger durch ein Begrüßungsschreiben willkommen, gemäß dem ihnen erteilten Auftrage. Das Schreiben des Präsidenten der Zweiten Kammer enthält eine einfache Sympathiebekundung, dasjenige des Präsidenten der Ersten Kammer drückt die Zustimmung zu den edlen Zielen Krüger's aus, den Krieg zu beenden, der ungerecht und erzwungen sei und in so barbarischer Weise geführt werde, und spricht die Hoffnung aus, daß die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republiken immer gewahrt bleiben werde. Krüger empfing heute Niemanden außer den Herren seiner Umgebung. Das Publikum brachte Krüger vor dem Hotel lebhaftere Huldigungen dar. Krüger erschien wiederholt auf dem Balkon und verneigte sich dankend.

\* **Saag**, 8. Dez. Das vom Präsidenten Krüger von Bevenar an Ihre Majestät die Königin Wilhelmina gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut: „In dem ich den Fuß auf niederländischen Boden setze, habe ich die Ehre, Ew. Majestät meine Huldigung darzubringen.“

### Chamberlain's Südafrikapolitik.

\* **London**, 7. Dez. Unterhaus. Crantorne erklärte, die Annexion Transvaals und des Orange-Freistaates sei keiner fremden Macht notifiziert worden. Man habe Präzedenzfälle näher untersucht, aber nicht festgestellt können, daß die Notifizierung notwendig sei oder daß die Anerkennung einer Annexion seitens einer fremden Macht von irgend einer formellen Notifizierung abhängt.

Die Opposition bringt durch Emmott einen Zusatzantrag ein, der ausführt, es werde zur Pazifizierung der eroberten Gebiete beitragen und zu den guten Beziehungen unter den europäischen Völkern in Südafrika, wenn so bald als irgend möglich Maßnahmen angeknüpft würden zur Sicherung von Freiheit und Eigentum der jetzt noch unter den Waffen befindlichen Personen, die sich ergeben, ferner zur Regelung der Verhältnisse dieser Gebiete sowie zur Förderung der Verbesserung und Wohlfahrt der Einwohner.

Chamberlain fährt aus, das erste Ziel der Regierung sei, den Kleinkrieg in Südafrika zu Ende zu bringen. Uebergehend auf die Frage der Niederbrennung der Farmen sagt Chamberlain, sowohl die Regierung als auch die englischen Generale seien darin einig, diese Bestrafungsart so sparsam als möglich anzuwenden, und behaupten, daß Anlaß zur Anwendung vorhanden sei. Bezüglich der gegen die englischen Soldaten erhobenen Anklagen sagt der Minister, die Soldaten seien in keinem einzigen Fall gerechter Weise einer Gewaltthat beschuldigt. Das zweite Ziel der Regierung sei die Errichtung einer Kronkolonie. Es sei Hoffnung vorhanden, daß binnen Kurzem, jedenfalls aber vor der nächsten Parlamentssitzung, eine gewisse Selbstverwaltung in Transvaal und im Orange-Freistaat eingerichtet sei. Alfred Milner sei zum Gouverneur der beiden Kolonien bestimmt, unter Beibehaltung des Amtes als Oberkommissar. (Ein Mitglied der Liberalen unterbricht den Minister mit dem Ruf: Dann werden Sie Südafrika verlieren!) Chamberlain fährt fort: Die Regierung plane, einen stellvertretenden Gouverneur der Orange-Kolonie zu ernennen. Der Gouverneur und stellvertretende Gouverneur sollen durch einen Exekutivrat unterstützt werden. Inzwischen sei nicht geplant, daß die Verfassung der beiden Kolonien notwendiger Weise die gleiche sein müsse. Die Regierung lege den größten Wert auf schnelle Schaffung von Gemeindeverwaltungen in Pretoria, Bloemfontein, Johannesburg und anderen Orten. Die Gemeindeverwaltungen werden alle Befugnisse erhalten, die solchen Körperschaften gewöhnlich übertragen seien. Chamberlain schließt: Unter diesen Umständen könne die Regierung versprechen, daß in ganz Südafrika gleiche Rechte und gleiche Freiheit herrschen werde, allerdings keine tatsächliche politische Unabhängigkeit, aber eine Freiheit, eine Verfassung, die schließlich zur Selbstregierung führe, die England dabeist eingeleitet zu sehen wünsche. Bezüglich des Vorschlages, daß die Regierung diese Macht unter den Büren verbreiten solle, sagt Chamberlain, dies sei bereits geschehen. Man habe sich auch bereits mit Milner in Verbindung gesetzt wegen der Form einer Proklamation, die in englischer und holländischer Sprache und in Transvaal-Dialekt veröffentlicht werden soll. Nichts werde englischerseits veräußert. England hege keine Rachegefühle gegen die Männer, die gegen dasselbe in Waffen gewesen, und beklage sich nicht über die Art, in der sie den Krieg geführt hätten. Sie seien tapfere Männer und würden als solche behandelt werden. (Beifall.)

Lequith begrüßt diese Erklärung Chamberlain's, die einen befriedigenden modus vivendi biete, der schließlich zur völligen Selbstregierung führen möge.

Campbell-Bannerman schlägt hierauf vor, den Zusatzantrag Emmott zurückzuziehen.

Zu weiteren Verläufe der Beratung greift Heath heftig die Politik der Regierung an und erklärt, die Büren hätten nichts zu verlieren, wenn sie den Kampf fortsetzten. Sie würden sich vielleicht fragen, ob es nicht besser sei, eine Bürenleihe als ein britischer Unterthan zu sein. Er sei den Büren wohlgesinnt und wünsche ihnen Erfolg.

Schließlich wird der Zusatzantrag Emmott zurückgezogen.

(Telegramme.)

\* **London**, 8. Dez. Das Reutersche Bureau meldet aus Worcester vom 6. Dezember über den Afrikaner-Kongreß nachträglich folgendes: Cronwright-Schreiner sagte in einer heftigen Rede, es sei unmöglich, die Stellung Englands gegenüber Südafrika zu rechtfertigen. Seit dem Einfall Jamieson's seien die britischen Staatsmänner Werkzeuge der Kapitalisten. England zwingt jetzt die britischen Soldaten, mit Un-

menslichkeit und Barbarei Krieg zu führen, die die civilisierte Welt in Staunen setzen.

\* **Bloemfontein**, 8. Dez. Die Streitmacht Dewet's bei Oudendaldrift ist in östlicher und nördlicher Richtung abgegangen. Kruog verfolgt sie und erbeutete ein Geschütz und einen Munitionswagen. Die bei Dewetsdorp gefangenen Engländer sind mit Ausnahme der Offiziere wieder freigelassen worden, aber noch nicht eingetroffen. Macdonald sei abgegangen, um den Befehl in Alvalonord zu übernehmen. Bei Velfast kam es zu einem Scharmügel. Bei Tabancho stieß eine Patrouille britischer Infanterie auf eine Abtheilung Büren und nahm sieben gefangen.

\* **Vern**, 7. Dez. 40 Mitglieder des Nationalrates stellten den Antrag, der Nationalrat wolle folgenden Wunsch ausdrücken: Der Nationalrat richtet den dringenden Appell an die Bevölkerung und an das Parlament Englands, sowie an die übrigen europäischen Parlamente, dahin zu wirken, daß die Transvaalfrage durch Schiedsgericht nach den Vorschriften des internationalen Rechts erledigt werde.

### Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

\* **Berlin**, 8. Dez. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des kaiserlichen Gesandtschaftsbegegnenden Stabsarztes Velde über die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse, seine Tätigkeit und Beobachtungen im internationalen Hospital während der Belagerung der Gesandtschaften in Peking.

\* **Peking**, 7. Dez. Am 4. d. M. kehrte die deutsch-italienische Kalgan-Unternehmung zurück. Sie hat vier Begerdörfer zerstört und erschloß sechs Begerführer, weil sie ein Dorf, das von katholischen Christen bewohnt war, eingekerkert und die Christen niedermacht hatten. Der Zustand der Truppen ist vorzüglich.

\* **London**, 7. Dez. Nach dem heute dem Parlamente zugegangenen Nachtragsetat verlangt die Regierung zur Deckung der Ausgaben für die in Südafrika und China stehenden Truppen 16 Millionen Pfund Sterling.

\* **London**, 8. Dez. Unterhaus. Josef Walton bringt einen Zusatzantrag ein, worin von der Regierung verlangt wird, daß sie passendere Maßnahmen ergreife, um die britischen Interessen in China zu wahren. Crantorne erklärte, die Regierung thue für die Interessen Englands ihr Möglichstes, doch sei jetzt nicht der richtige Augenblick, um Erklärungen über die allgemeine Politik der Regierung abzugeben. Er hoffe, es werde ihm möglich sein, die Schriftstücke bezüglich Chinas am Montag dem Hause vorzulegen. Das englisch-deutsche Abkommen mit den Antworten der Mächte werde veröffentlicht werden, sobald die anderen Mächte die erforderliche Erlaubnis hierzu erteilt haben.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* **Berlin**, 8. Dez. Seine Majestät der Kaiser nahm heute im Neuen Palais die Meldungen der militärischen und juristischen Mitglieder des Reichsmilitärgerichts entgegen.

\* **Berlin**, 8. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Als Nachfolger des auf den Botschafterposten in St. Petersburg berufenen kaiserlichen Gesandten in Brüssel Grafen v. Alvensleben ist der Gesandte in Stockholm Graf v. Wallwig ausersehen. An dessen Stelle in Stockholm wird der Gesandte Graf v. Leiden, bisher in Tokio tretend. Für den Gesandtenposten in Tokio ist der Gesandte in Rio Graf Arco-Valley in Aussicht genommen, der seinerseits durch den Legationsrat in Auswärtigen Amt v. Treutler ersetzt werden wird. — Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freih. v. Richthofen ist vom Sultan der Osmanien-Orden zweiter Klasse mit Brillanten verliehen worden.

\* **Berlin**, 7. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Im Hinblick auf die Erörterungen der Presse über die weitere Behandlung des Zolltarifentwurfes dürfte der Hinweis angebracht sein, daß im Anschluß an die erst Ende Oktober beendigten Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses die im Zolltarif-Bericht eingehenden Zolltarifvorschläge und die ihnen zu gebende Begründung im Entwurfs festgesetzt werden müssen, was (wie wir schon unlängst in einem aus der „Südd. Reichs-Korresp.“ übernommenen Artikel barlegen konnten, D. Red.) eine zeitraubende Arbeit voraussetzt, die zur Zeit das Reichsfinanzamt beschäftigt. Darnach erst kann der fertige Entwurf des Tarifwerkes den beteiligten Ressortbehörden unterbreitet werden. In der Beratung der letzteren wird der Entwurf die Form erhalten, in der er dem Bundesrat vorgelegt wird.

\* **Danzig**, 7. Dez. Der deutsch-russische Eisenbahnverband hielt heute hier eine Konferenz ab, um über die neue Aufstellung direkter Tarife zu beraten. An der Konferenz nahmen 23 Deputierte deutscher, russischer, belgischer und holländischer Eisenbahnverwaltungen theil.

\* **Straßburg**, 7. Dez. Der Verein der Holzindustriellen Süddeutschlands nahm in seiner heutigen Generalversammlung nach dem Vortrage des Landtagsabgeordneten Beumer einstimmig eine Resolution an, worin erstens ein autonomer Tarif für langfristige Handelsverträge, zweitens niedrige Rohstoffpreise, erhöhte Zölle auf fertige Fabrikate und drittens Verbesserung der Transportverhältnisse, namentlich der Ausbau eines Wasserstraßennetzes und rationelle Ausgestaltung des Eisenbahntarifes gefordert wird.

\* **Paris**, 8. Dez. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, erklärte der Kriegsminister mehreren Deputierten, daß er geneigt sei, für eine geringere Dienstzeit einzutreten.

\* **Paris**, 8. Dez. Der „Liberté“ zufolge erluchte der Kriegsminister verschiedene Corpskommandanten, jene Regimenter zu bezeichnen, in die Biquart im Falle seiner Wiederaktivität eingereiht werden könne. Von den befragten Obersten äußerten sich nur zwei in einem für Biquart günstigen Sinne.

\* **Rom**, 7. Dez. Der Papst, der sich vollkommen wohl befindet, empfing Mittags in der Peterskirche eine Anzahl Pilger, darunter Marineoffiziere des amerikanischen Schulschiffes „Dirig“.

\* **Sofia**, 8. Dez. Es verlautet, Radoslawow habe den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Grefow sei mit der Neubildung beauftragt worden.

\* **Konstantinopel**, 7. Dez. Der Sultan erließ, wie der „Temps“ erfährt, ein Trakato, wodurch der Marineminister beauftragt wird, die türkische Flotte zu reorganisiren, um sie auf die Höhe der übrigen europäischen Flotten zu bringen.

\* **Washington**, 8. Dez. Die dem Repräsentantenhaufe zugegangene Vorlage betreffend die Heeresorganisation enthält die Bestimmung, daß der Präsident die Zahl der eingestellten Mannschaften nach seinem Befinden zwischen der Mindestzahl von 58 924 und der Höchstzahl von 96 766 anwachsen oder abnehmen lassen kann.

### Verstorbene.

† **Stuttgart**, 8. Dez. (Telegr.) Die Einwohnerzahl beträgt auf Grund der letzten Zählung 176 318, gegen 1895 ein Mehr von 17 997, also 12 Proz.

† **Brüssel**, 7. Dez. Der Verstorbenen Großindustrielle Brugman vermachte, lt. „Frankf. Ztg.“, Brüssel 5 Millionen für ein Sanatorium für Tuberkulose und 5 Millionen zur Errichtung von Gefängnishäusern für Reformverurtheilten.

† **Chamberg**, 7. Dez. (Telegr.) In der vergangenen Nacht richtete ein heftiges Unwetter großen Schaden an. In mehreren Gegenden Saboyens droht Ueberschwemmung.

† **Tiflis**, 8. Dez. (Telegr.) Der hiesige deutsche Generalkonsul Döberig ist hier unerwartet verstorben.

### Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 8. Dez. 1900.

Ebenso rasch, wie sie gekommen war, ist die Depression, welche gestern zwischen der Ostsee und Böhmen gelegen war, abgezogen und hoher Luftdruck ist ihr gefolgt; dieser lag mit Barometerständen, die 770 mm überstieg, über der westlichen Hälfte Mitteleuropas. Hier hatte es fast überall aufgekurt und die Temperaturen waren unter den Gefrierpunkt gesunken; in der östlichen Hälfte war es noch trüb und vielfach regnerisch. Strenge Kälte herrscht noch in Nordeuropa (Karlstadt -17°, Saporanda -23°). Nordwestlich von Schottland ist eine neue, ziemlich tiefe Depression erschienen, welche auf den britischen Inseln stürmisches Regenwetter mit Temperaturen bis zu 13° verursacht. Borek ist noch heiter, stellenweise neblig und kaltes Wetter zu erwarten, dann wird aber wahrscheinlich die Depression einen Umschlag zu wärmerem und regnerischem Wetter hervorruhen.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feuchtigk. in mm	Feuchtigk. seit in Proz.	Wind	Himmel
7. Nachts 9 <sup>30</sup> U.	754.1	7.3	6.4	85	W	bedeckt 1)
8. Morgs. 7 <sup>30</sup> U.	760.4	0.4	4.0	85	NE	heiter
8. Mittags 2 <sup>30</sup> U.	760.9	3.0	3.7	66	„	„

1) Regen.

Höchste Temperatur am 7. Dezember: 10.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.0.

Niederschlagsmenge des 7. Dezember: 0.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 8. Dez.: 6.16 m, gestiegen 65 cm.

### Wasserstands-Nachrichten.

Eingelassen Freitag, den 7. Dezember, Nachmittags.

**Rhein. Neßl**: heute Vormittag 6 Uhr 393 cm, heute Nachmittags 4 Uhr 388 cm, gefallen 5 cm; langsam fallend. Höchststand 393 cm.

**Rhein. Mannheim**: heute Vormittag 8 Uhr 588 cm, heute Nachmittags 5 Uhr 624 cm, gestiegen 41 cm; steigend.

**Wutach. Oberlaufingen**: heute Vormittag 8 Uhr 140 cm, heute Nachmittags 5 Uhr 155 cm, gestiegen 15 cm; langsam steigend.

**Kinzig. Wolfach**: heute Vormittag 11 Uhr 235 cm, heute Nachmittags 5 Uhr 219 cm, gefallen 16 cm; langsam fallend.

**Neckar. Mannheim**: heute Vormittag 8 Uhr 730 cm, heute Nachmittags 5 Uhr 696 cm, gefallen 34 cm; fallend, Höchststand 730 cm.

Eingelassen Samstag, den 8. Dezember, Vormittags.

**Rhein. Mainz**: gestern Vormittag 6 Uhr 645 cm, heute Vormittag 6 Uhr 610 cm, gestiegen 65 cm; schwach steigend.

**Wutach. Oberlaufingen**: gestern Nachmittags 5 Uhr 155 cm, heute Vormittag 8 Uhr 130 cm, gefallen 25 cm; rasch fallend.

**Ill. Kogenheim**: heute Vormittag 7 Uhr 226 cm; Beharrungsstand.

Verantwortlicher Redakteur:

1) Vertretung von Julius Kay) Adolf Reising in Karlsruhe.

**Friedrich Emil Meyer, Kaiserstr. 82a.**  
Spezialgeschäft für Herren-Wäsche und Herren-Mode-Artikel.  
Reichhaltige Auswahl eleganter Neuheiten in jeder Preislage.

**C. F. Otto Müller, Permanente Kunst- gewerbliche Ausstellung.**  
Provisorisches Lokal bis zur Fertigstellung des Neubaus Waldstrasse 33.  
Um gefl. Besichtigung wird gebeten. Kein Kaufzwang.

**Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Cie.,**  
Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.  
Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystall, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuer, Hotel- und Hauseinrichtungen.

**Ein gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail.**  
Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz  
Bedeutendes Spezialgeschäft in Bekleidungsartikeln aller Arten Bekleidungsstoffen, Raffementieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Caravatten, Fächer. Ständiger Eingang von Neuheiten.

**SILBERNE BESTECKE**  
in massiver, gediegt, Ausführung zu sehr mass. Preise.  
**UHREN G. SCHMIDT-STAUB,**  
Juwelen. 154 Kaiserstr., Karlsruhe, gegen. d. Postneubau.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme an dem schweren Verluste, der uns betroffen hat, spricht im Namen der Hinterbliebenen ihren aufrichtigsten Dank aus.

**Frau Anna Schmidt**  
geb. Zeroni.

8752

## Ludwig Bertsch, Hofjuwelier

163 Kaiserstraße Karlsruhe Kaiserstraße 163  
Prämirt: Chicago 1893, Straßburg 1895, Paris 1900  
Reichhaltigstes Lager in

## silbernen Bestecken

jeglicher Art und Preislage. 8636  
Anerkannt gediegene Ausführung. Eigene Werkstätte.  
Billige, feste Preise. Auswahlforderungen bereitwilligst, Preisangaben erwünscht.  
Altes Gold und Silber nehme in Gegenrechnung.

## Gebr. Leichtlin,

Papier-, Schreib-,  
Zeichnen-Materialien- und Kunsthandlung,  
Zähringerstrasse 69,

beehren sich, hiermit die Eröffnung ihrer mit Neuheiten  
auf's Reichhaltigste ausgestatteten

## Weihnachts-Ausstellung

anzuzeigen und zu deren Besuche höflichst einzuladen.

Während der Weihnachtszeit sind die Geschäftslokale  
auch an Sonntagen geöffnet.

8600.3

## Karlsruher Bezirksverein deutscher Ingenieure.

Montag den 10. Dezember 1900, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Saal III der Brauerei Schrempf Waldstraße.

Vereinsitzung mit Beteiligung von Damen.  
Projektionsbilder von der Pariser Weltausstellung. 8754

## HEINRICH LANZ, MANNHEIM.

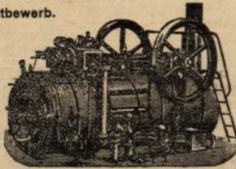
Weltausstellung Paris 1900

Vizepräsident des Preisgerichts Classe 19

(Dampfmaschinen, Lokomobilen, Kessel)  
daher ausser Wettbewerb.

## Lokomobilen

von 4—300  
Pferdekräften.



Ueber 10000 Stück verkauft.  
Gleicher Absatz von keiner anderen Fabrik Deutschlands erreicht!

## Verkauf alter Ver- ordnungsblätter.

Als überzählig sind aus der Hand  
abzugeben:

Verordnungsblatt f. d. Forstpoli-  
zeiverwaltung 1834—1842 mehrmals;  
1843—1848 d. Direktion der Forste,  
Berg- und Hüttenwerke 1849—1865;  
d. Domänenverwaltung 1865—1868 un-  
gebunden; Regierungsblatt 1849—1866  
gebunden; 1867, 1868 geheftet. Cen-  
tralverordnungsblatt 1856 doppelt,  
1857; 1858 doppelt; 1859—1865 ge-  
bunden; 1859, 1861—65, 1867 geheftet.  
Beiträge zur Statistik d. inn. Verwal-  
tung Badens 1855, 1856, 1858; 1859,  
1862, 1863 doppelt; 1864, 1865. An-  
weisung zur hüttenweissen Vernehmung  
sämmlicher Eigenschaften 1855. An-  
gebote an Gr. Forstamt Schönbau in  
Redargemünd.

8674.3. Nr. 33 608. Bruchsal.  
**Incipienten-Stelle.**

Bei diesseitigem Gerichte ist eine  
Incipientenstelle mit 600 M. Ge-  
halt sofort zu belegen. Bewerber  
wollen sich unter Vorlage von Zeug-  
nissen alsbald melden.

Bruchsal, den 5. Dezember 1900.  
Großh. Amtsgericht.  
Mayer.

## Himmelheber & Vier,

Wäschefabrik, Karlsruhe,  
Kaiserstraße 171,  
liefern **Braut- & Kinder-Aus-  
stattungen** in nur gediegenster  
Ausführung zu billigen Preisen.  
Streng reelle Bedienung.

# Verkauf von Seidenstoffen.

Zu aussergewöhnlich billigen Preisen, theil-  
weise zur Hälfte der früheren Verkaufspreise sind zurück-  
gesetzt:

**Schwarze Seidendamaste**, solide Qualitäten in  
schönen Mustern,  
das Meter Mk. 1.80, 2.25, 2.50, 3.—.

**Schwarze Armure Egyptien**, elegantes durch-  
aus solides  
Seidengewebe, das Meter Mk. 3.25 und 4.—.

**Farbige Seidendamaste und Taffet**  
façonné, elegante Muster in schönen Farben für Straßen- u.  
Gesellschaftskleider, das Meter Mk. 2.— 2.50, 3.—.

**Armure und Faille française**, reinseidene  
einfarbige  
Seidenstoffe für Straßen- u. Gesellschaftskleider, das Meter Mk. 2 u. 2.50.

**Foulards bedruckt**, in aparten Mustern und Farben,  
nur feine Qualitäten,  
das Meter Mk. 1.40, 1.90, 2.50.

**Bengaline**, in schönen Lichtfarben, für Ball- und Gesellschafts-  
kleider, das Meter 90 Pf., Mk. 1.20, 1.50, 1.90.

**Reste** von schwarzen u. farbigen Seidenstoffen u. Sammeten  
sind zu sehr billigen Preisen zum Verkauf aufgelegt.

## S. Model.



## Die nützlichsten Weihnachtsgeschenke.

**Singer Nähmaschinen** sind musterfüllig in Construction  
und Ausführung.  
**Singer Nähmaschinen** sind unentbehrlich für Hausgebrauch  
und Industrie.  
**Singer Nähmaschinen** sind in den Fabriktrieben die am  
meisten verbreiteten.  
**Singer Nähmaschinen** sind unübertroffen in Leistungsfähigkeit  
und Dauer.  
**Singer Nähmaschinen** sind für die moderne Kunstfärberei die  
geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse in allen häuslichen Näharbeiten, wie in moderner  
Kunstfärberei. Lager von Stoffeide in großer Farbauswahl. Electromotoren für einzelne  
Maschinen zum Hausgebrauch. 8693.1

Paris 1900.  
Grand Prix.  
Höchste Auszeichnung.

**SINGER Co. Nähmaschinen Act. Ges.** KARLSRUHE, Kaiserstr. 124.

## Deutscher Verein für Volkshygiene

Ortsgruppe Karlsruhe.

Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 1/9 Uhr  
im grossen Rathhaussaal

## Vortrag

des Herrn Obermedizinalrath Dr. Hauser  
die hygienischen Aufgaben der Frau.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Jedermann ist freundlich  
eingeladen; insbesondere ist die Beteiligung der Frauen erwünscht.

### Bürgerliche Rechtsstreite.

Konturs.  
8736. Nr. 17219. Säckingen.  
In dem Konkursverfahren über das  
Vermögen des Kaufmanns David  
Guggenheim dahier ist von dem  
Großh. Amtsgerichte Säckingen am  
Freitag den 28. Dezember 1900,  
Vormittags 9 1/2 Uhr,  
bestimmt.  
Säckingen, den 6. Dezember 1900.  
Verichtschreiber Großh. Amtsgerichts:  
Gärtl.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

8750. Karlsruhe.  
Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1900  
ist zum Frankfurt-Hessisch-Südwest-  
deutschen Eisenbahn-Verband Abth. C,  
Gütertarif für den Verkehr zwischen  
den Stationen der Direktionsbezirke  
Frankfurt a. M. und Mainz, der Cron-  
berger und Kerkerbacher Bahn, sowie  
der auf hessischem Gebiet liegenden  
Linien der Süddeutschen Eisenbahn-  
Gesellschaft einerseits und Basel, Station  
der Badischen und der Elzsaß-Lothringi-  
schen Eisenbahn andererseits, der I.  
Nachtrag erschienen.  
Derselbe enthält:  
Aenderung von Stationsnamen,  
Aenderung und Ergänzung der Sta-  
tionsstufentabellen; Aenderung und Er-  
gänzung der Ausnahmetarife, Schließ-  
ung der Station Hofengarten und  
schließliche Verichtigungen.  
Karlsruhe, den 6. Dezember 1900.  
Generaldirektion.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

8751. Karlsruhe.  
Zum Rheinisch-Niederdeutschen Güter-  
tarif vom 1. April 1899 ist mit Gültig-  
keit vom 1. Dezember 1900 der Nach-  
trag V ausgegeben worden. Für die  
in den Tarif aufgenommenen diesseitige  
Station Mannheim enthält der Nach-  
trag einige Aenderungen und Ergänz-  
ungen der Ausnahmetarife. Soweit  
Erweiterungen eintreten, gelten sie  
erst am 15. Januar 1901 ab.  
Nähere Auskunft erteilt unser Güter-  
tarifsbüreau.  
Karlsruhe, den 6. Dezember 1900.  
Großh. Generaldirektion.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

8512.3. Karlsruhe.  
Das 1901er Jahresergebnis an Stein-  
kohlen- und Delgassteer, sowie an  
Kohlenwasserstoff aus den Eisenbahn-  
gaswerken in Lauda, Mannheim, Wald-  
hut, Sigen und Konstanz soll vorbe-  
haltlich höherer Genehmigung an den  
Preisbietenden vergeben werden.  
Angebote hierauf sind schriftlich, ver-  
schlossen und mit entsprechender Auf-  
schrift versehen bis  
Mittwoch, den 12. Dezember l. J.,  
Vormittags 10 Uhr,  
anher einzureichen.  
Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Karlsruhe, den 29. November 1900.  
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

8513.3. Karlsruhe.  
Wir veröffentlichen gegen Baarzahlung  
am Montag, den 10. und Dienstag,  
den 11. Dezember l. J., Vormit-  
tags 8 1/2 Uhr und Nachmittags  
2 Uhr beginnend, in unserem Ver-  
steigerungsraum, Eingang beim Et-  
tinger-Strassenübergang die im III.  
Quartal l. J. eingelieferten Fundstücken  
und Frachtgüter, darunter mehrere  
Photographen-Apparate,  
am Montag, den 10. Dezember,  
Vormittags 11 Uhr; getragene Dienst-  
kleidungsstücke,  
am Mittwoch, den 12. Dezember,  
Nachmittags 2 1/2 Uhr, auf unserem  
Holzlagerraum bei Gottesau: Abfall-  
holz.  
Karlsruhe, den 29. November 1900.  
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

## Vergebung von Bauarbeiten.

8624.2. Nr. 7353. Heidelberg.  
Für den Neubau eines Dienstgebäudes  
für die Großh. Wasser- und Straßen-  
bauinspektion und die Großh. Kultur-  
inspektion in Heidelberg sollen nach-  
stehende Bauarbeiten im Wege des  
öffentlichen Angebots vergeben werden:  
1. Verputz- und Gipfearbeiten,  
2. Schreinerarbeiten,  
2a. Parkettbodenlieferung,  
3. Glaserarbeiten,  
4. Schlosserarbeiten,  
5. Maler- und Längerarbeiten,  
6. Tapezierarbeiten,  
7. Plästerarbeiten.  
Arbeitsauszüge werden vom 6. De-  
zember l. J. auf dem Baubureau  
Freiheitsstraße in Heidelberg abgegeben,  
wobei auch Pläne und Bedingungen  
zur Einsicht aufgelegt sind.  
Die auf Einzelbriefe zu stellenden  
Angebote sind spätestens bis  
Freitag den 21. Dezember l. J.,  
Vormittags 10 Uhr,  
postmäßig verschlossen mit entsprechender  
der Aufschrift versehen portofrei bei  
unterzeichneter Stelle einzureichen.  
Heidelberg, den 4. Dezember 1900.  
Großh. Bezirksbauinspektion.